

Jour fixe vom 25.03.2019

„Trumps Venezuelapolitik“ (GS 2-18)

Zunächst ein Nachtrag zum letzten Jf vom 11.03.2019: **Schülerproteste und Klimapolitik 2019**

Man kann, wenn man von Menschheitsproblem redet, eine Diskussion anfangen, in der man sich darüber einigt, was mit Klimapolitik sachlich gemeint ist. Dies ist aber nicht die fertige und erst recht nicht zwingende Kritik an dem Titel „Menschheitsproblem“.

1. Wenn die Staaten ganz unterschiedlich reagieren, als Klimapolitik Unterschiedliches und Gegensätzliches unternehmen (manche sagen, es ginge sie überhaupt nichts an und sie behandeln es nicht als internationale Affäre), dann kann man dem das Dementi, es ginge um ein Menschheitsproblem, entnehmen. Das erklärt nicht, worin dieser Titel besteht. Wenn er die Abstraktion von den wirklichen Verhältnissen ist, was man mit dem Hinweis auf die Verhältnisse klarstellen kann, dann ist damit immer noch nicht klar, welche *Art* Abstraktion er ist, wo einer hin denkt, wenn er „Menschheitsproblem“ sagt.

2. Außerdem muss man den Gegensatz festhalten von universellen schädlichen Wirkungen, die wissenschaftlich belegt sind und die man nicht in Abrede stellen kann, die der Kapitalismus hervorbringt, die greifbar sind, die jeder mitbekommt und dem, dass damit nicht ausgemacht ist, als was für ein Problem die Staaten diese behandeln. Dass die Menschheit unterschiedlich betroffen ist, also vom Standpunkt der Betroffenheit gar nicht als einheitliches Subjekt existiert, ändert den globalen Charakter der Wirkungen nicht. Die *sind*, weil die Menschheit unterschiedlich aufgeteilt ist, für die Betroffenen, die Staatssubjekte und ihr Inventar, sehr unterschiedlich; werden sehr unterschiedlich wahr genommen und behandelt.

3. Wenn man man solchen Protestlern, deren Protest aus dem Hinweis auf die globalen Wirkungen kommt, erklärt hat, dass globale Wirkungen *nicht* gleichbedeutend sind mit globaler Sorge um diese Wirkungen, *nicht* gleichbedeutend mit der Betroffenheit eines ideellen Subjekts, muss man den Protestler fragen, weshalb ihm das Subjekt „Menschheit“ einfällt. Theoretisch gesagt, wenn er von den Verhältnissen abstrahiert, wohin abstrahiert er dann, was setzt er an die Stelle der wirklichen Verhältnisse, wenn er „Menschheit“ zu ihnen sagt? Er beruft sich auf etwas, das *allgemein geteilt* wird. Das Subjekt „Menschheit“ stammt aus öffentlichen Diskussionen, aus dem Mund von Politikern, aus der alltäglichen öffentlichen Propaganda, der Schule, und diesen Titel übernehmen die Kinder, die sich aufregen und den Erwachsenen vorhalten, sie sollten mehr Verantwortung tragen. Sie übernehmen damit den darin existierenden Standpunkt ungeprüft als ihren originären Beschwerdetitel.

Wenn die „Fridays for Future“-Jugendlichen diesen Titel bemühen, meinen sie, sie hätten etwas Unwidersprechliches – gerade weil „Menschheit“ so allgemein und abstrakt ist –, und könnten damit Sorgen aufnehmen, die die Politik wirklich hat, die die Öffentlichkeit der Politik ständig unterstellt. Gerade deshalb wäre der Titel für sie der richtige, weil *wir* doch alle ein gemeinsames Problem haben, für das *wir* verantwortlich sind und für das die Politiker stellvertretend als die Machthaber zuständig sind. Dieser Titel und der allgemeine Sorge-Gegenstand Globus und andere Sprachdenkmäler, die für den allgemeinsten Schaden und für den Gegenstand der allgemeinsten Sorge bemüht werden, sind die Berufung auf Ideale und Selbstdarstellungen, mit denen die Politik sich gegenüber ihren Bürgern und gegenüber anderen Staaten ins rechte Licht setzt. Damit meinen sie, sie hätten etwas ganz Schlagkräftiges in der Hand. Dabei machen sie sich mit diesem Titel nicht zufällig gemein mit denen, an die sie appellieren, mit denen, *die* von sich behaupten, dass sie einen allgemeinen Dienst nicht bloß an ihren eigenen Leuten, sondern an der ganzen Menschheit im Blick hätten.

4. Dass sie hier einen Titel als Rechtfertigung bemühen, der sie gar nicht rechtfertigt, sondern in lauter Fallstricke hinein manövriert, merkt man, wenn die Politiker diesen Protest aufnehmen und in ihrem Sinne deuten. Dann erfährt man, wofür solche Gemeinschaftstitel, auf die man sich be-

ruft, gut sind: Sie taugen aus dem Mund der Politik dazu und werden auch so verwendet, das politische Programm in Sachen Umwelt und Klima in ein höheres Licht zu tauchen, in das Licht einer Bewältigung, eines Sich-Kümmerns um allgemeine Sorgen und damit in etwas per se unhinterfragbar Gutes zu verwandeln. Die Älteren werden sich daran erinnern, dass das mal ganz prinzipiell Helmut Schmidt gesagt hat, der den Friedensbewegten – die den allgemeinen Titel ‚Frieden‘ im Mund geführt haben – bei der Nachrüstung mit dem Gegensatz von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik gekommen ist. Damit drückte er aus, wo sich diese ehrenwerte Berufung auf den Frieden einzusortieren hatte: Als Antrag von unten auf politisches Agieren von oben, der keine Verpflichtung der Politik darstellt, sondern umgekehrt ein Titel ist, mit dem sie ihre Adressaten, ihr Volk, die von ihr Betroffenen mit dem höchsten Titel für das vereinnahmt, was sie im Programm hat. Das haben die Protestler jetzt auch erfahren, weil ihnen auf unterschiedliche Weise genau diese Logik, diese Verwendung des Titels Menschheit, Klima und Klimaschutz vorgeführt worden ist. Merkel hat es auf die freundliche Tour gemacht: Sie unterstützt den Protest, aber es ist nicht so leicht wie die Protestierenden es sich vorstellen! Die Politik muss noch viel mehr beachten, sich um viel mehr kümmern und das in die Tat umsetzen. Damit wird der Titel in ein Ideal verwandelt, dessen Realisierung ganz anders ausfällt, als die es sich vorstellen, die dieses Ideal im Mund führen. Das ist die entscheidende Differenz zwischen einem guten Titel und der Praxis, die im Namen dieses Titels gemacht wird: Der Titel wird nie aufgegeben, sondern bestätigt (genauso wie der gute Wille der Protestler) und zugleich so fundamental zurechtgerückt und auf die Politik verpflichtet, dass vom Protest nur der Dank übrig bleibt für den friedlichen Appell an ihre Adresse! Sie nehmen diesen Appell als Beweis ihrer Verantwortung und Zuständigkeit. Der gute Wille in allen Ehren, aber die Umsetzung ist und bleibt Sache der Politik. Lindner hat das weniger freundlich ausgedrückt und den Protestlern vorgehalten, sie hätten von Energie keine Ahnung, sollten nicht so daher schwätzen und nicht vergessen, was politisch notwendig ist. Dieser Titel beschwört in fataler Weise eine allgemeine Verantwortung herauf und meint damit, das Anliegen der Protestler unwidersprechlich zu machen. Die Politik bestreitet deshalb auch diesen Titel gar nicht, sondern nimmt ihn berechnend und hinterhältig auf, um ihn den Protestlern reinzuwürgen.

5. Man trifft die Stellungnahmen der protestierenden Schüler nicht damit, sie würden der Politik vorwerfen, sie unterlasse den Klimaschutz aus unerfindlichen Gründen. Sie führen z.B. auf, dass die Politik den Profit *statt* die Menschen bedient, sich für das Geschäft *statt* für das Klima stark macht und wissen Gründe dafür, die alle ins Reich der unterlassenen moralischen Verantwortung gehören. Die Schüler klagen die Politiker an, dass sie für das Klima nichts tun, weil die Politik falscherweise für etwas anderes etwas tut. Geschäft, Profit steht dabei nicht für das Kapital und dessen Rechnungsweise, sondern dafür, dass sie etwas *Unverantwortliches* tut. Die darin steckende Negation muss man kritisieren: Mit „Profit“ meinen sie, die Politiker verfolgen falsche Zwecke, nämlich die einer *Minderheit*, die des Geldes. Mit der Abstraktion „unverantwortlich“ wird Politik an einer Vorstellung von *Allgemein*-dienlichkeit gemessen und blamiert. Das ist die Logik: alles, was die Protestierenden in der Welt wahrnehmen, und alles, was sie der Politik ankreiden, was sie tut und nicht tut, ist immer gemessen am Maßstab der Verantwortung: Die Politik nimmt ihre Verantwortung nicht wahr, dient den falschen Interessen statt der Allgemeinheit. Alles als verfehlte Verantwortung zu begreifen ist tautologisch: Die Verantwortung wird verfehlt, weil die Politik nicht sie, sondern unverantwortliche und schädliche Privatinteressen wahrnimmt. Man tut so, als wäre die Politik auf Gemeinschaftlichkeit, auf die gemeinsame Sorge um die Lebensgrundlagen verpflichtet, die aber dann verpassen. Da wird *unterschiedslos angeprangert*, wer was versäumt, wer was unterlässt, wer wie der Umwelt und dem Klima schadet. Die Anklage an den Staat, dass er nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet ist, sondern schädlichen Privatinteressen, ist das grundsätzlich Antimaterialistische an diesem Protest. Unter diesem Blick, der alle für verantwortlich erklärt, wird die Anklage der Politik sehr schnell zur Selbstanklage.

— *Besteht der lockere Übergang zur Selbstanklage darin, dass sie sagen, wenn wir uns als Gemeinschaft der Verantwortlichen sehen, uns im Namen dieser Verantwortung an die Politiker als die eigentlich Verantwortlichen richten, müssen wir das druckvoller tun?*

Dass die Protestler sagen, wir haben viel zu lange geschwiegen, wir haben die Politik nicht wirklich unter Druck gesetzt, das kommt aus einem Geist, dass die Leute sich selbst fragen, was sie tun können. Da ist dieser Protest eine radikale, ins Politische übergehende Selbstverantwortung, z.B. wir als die Jugend. Wer sagt, hier regiert Verantwortungslosigkeit, beurteilt die Welt vom Standpunkt eines verantwortlichen Handelns, als Auftrag zum Verantwortung tragen, nicht von systematischen Gründen aus.

— *Wenn gesagt wird, die Crux ist, dass die Verantwortung nicht wahrgenommen wird, dann ist das Entscheidende, sie auch wahrzunehmen und tatsächlich verantwortlich zu handeln. Das richtet sich an die ganze Welt, man will gar nicht mehr unterscheiden, wer an welcher Stelle steht und was tut, das Entscheidende ist, dass jeder an seiner Stelle endlich Verantwortung übernimmt.*

— *Wenn man den Gegenpol dazu nimmt, werden Interessen von vorneherein als kritikabel angesehen, weil sie Privatinteressen sind, als müsste man die geltenden Interessen ihrem Inhalt nach gar nicht ansehen, da jeder Interessenstandpunkt für sich schon einer wäre, der sich an einer allgemeinen Pflicht relativieren müsste, weil er sonst schlecht wäre.*

— *Die Schüler kommen in diesem Protest in dreifacher Hinsicht vor: sie sind erstens Betroffene wegen der Eltern und Politiker, die sich nicht um das Klima kümmern, zweitens sind sie auch selbst schuld, weswegen sie z.B. auf Energiesparen und Plastiktüten achten, und drittens haben sie die Verantwortung, dass sich etwas ändert.*

Der Standpunkt der Verantwortung kennt nur die Unterscheidung zwischen der auf das Allgemeine verpflichteten Betätigung von Interessen und der gegenüber dem Allgemeinen rücksichtslosen privaten Interessensverfolgung. Unter diesem Gesichtspunkt fingiert man sich selbst als Subjekt der Verhältnisse und sagt, ich bin genauso wie alle anderen – oder gerade weil ich von allen anderen das fordere – zum verantwortlichen Umgang mit meinen Interessen verpflichtet. Oder man macht sich zum Anwalt der Verantwortung als solcher, mein Interesse ist die Erhaltung der Lebensgrundlagen. Als Jugend (jeder im Alter von 9 bis 28) im Gegensatz zu einer unverantwortlichen Welt, präsentiert man sich selber als etwas Allgemeines, als den Stand, der zu Recht und anerkanntermaßen so etwas wie die nationale Zukunft repräsentiert. Von dem Standpunkt, sich als allgemeines Subjekt zu präsentieren, kommt die privat wahrgenommene Verantwortung. Z.B. den Müll zu sortieren leuchtet nicht von selbst, sondern dann ein, wenn es als allgemeines nationales Problem irgendwann in die Welt gekommen ist. Jeder Mensch bezieht sich so auf die höchsten Titel, auf diese öffentlich gewälzten, mit Konjunkturen versehenen allgemeinen Problemlagen, auch privat als Mitzuständiger. Von dem her haben die Schüler den Übergang gemacht, wenn wir schon verantwortlich sind, dann dürfen wir auch nicht schweigen, dann dürfen und müssen wir Pflichten verletzen und auch mal Schule schwänzen. Gegen den Einwand, sie schwänzten Schule, statt etwas zu lernen, schreibt Greta Thunberg in einem offenen Brief an Merkel, dass sie, wenn sie protestieren, auch sehr viel lernen. Sie verkündet das mit gutem Gewissen, denn wer schweigt, macht sich schuldig. So sind die Schüler im Feld der Gewissens- und Wertefragen und rechtfertigen sich damit, dass sie für eine wahnsinnig gute Sache unterwegs sind, da sie an die Menschheit und nicht bloß an das nächste Zeugnis denken.

5. In der Debatte über die Energiepolitik als dem eigentlichen Inhalt der Klimapolitik (Konkurrenz der Staaten um Energiepolitik als nationales Programm mit internationalen Perspektiven) wurde nicht deutlich, warum das zu solchen Konferenzen und zu so einem globalen Getue führt. Energie ist nicht einfach ein Geschäft, sondern eine elementare Bedingung der nationalen Wirtschaft, des nationalen Wachstums. Es ist daher Staatsprogramm dafür zu sorgen, dass dieser nati-

onale Grundstoff fest in nationaler Verfügung ist, damit der Staat nicht in Abhängigkeit von anderen Staaten gerät, nicht erpressbar ist. Das sind grundlegende Kategorien der staatlichen Konkurrenz: *Wir* müssen das Geschäft beherrschen, *wir* müssen uns die Mittel unseres nationalen Betriebes sichern und *wir* müssen am besten aus denen ein internationales Geschäft machen und für andere Staaten Abhängigkeiten stiften. Das ist die Besonderheit der Energiepolitik, die alle staatlichen Maßnahmen und internationalen Auseinandersetzungen beherrscht: Wann man die Kohle aufgibt, dass man Atomkraftwerke aufbaut und, wenn es Alternativen in nationaler Verfügung gibt, erst wieder abbaut. Folglich ringt man darum, wer den Weltmarkt beherrscht, also diese Elementartechnologie, diesen Elementarstoff für die eigne Nation billig und für andere Nationen am liebsten nur von einem selbst beziehbar macht.

— *Man will selbst nicht abhängig sein in so einer entscheidenden nationalen Frage, will andererseits aber auch nicht andere Staaten stark und reich machen, weil man ihnen wie z.B. Russland und den arabischen Staaten das Zeug abkauft. Das Schöne an dem Menschheitsthema Klima ist, dass man denen das Geschäft im Namen einer guten Sache vermässelt, die Energiepolitik und ihre Wende unter dem Menschheitsthema Klimarettung läuft.*

— *Zu der Notwendigkeit dieser Klimakonferenzen: Mit der Energiewende wird die Energie ein industrielles Produkt, d.h. die alte Geschäftsordnung, die Wirtschaftsbeziehungen werden neu aufgemischt und es steht an, die Gegensätze der Staaten neu zu verhandeln.*

Neben den auch sonst immer üblichen Geschäftsrechnungen der Konkurrenz und den Kalkulationen der Politik mit Weltmarkt-Abhängigkeit oder -Beherrschung, geht es hier um ein ganz besonderes strategisches Geschäft.

Zur Erinnerung an den Anfang: Es ist nicht so einfach mit Schülern über Energiepolitik zu reden, wenn man nicht vorher ein rationales, unbefangenes Interesse dafür geweckt hat. Man muss vorher erklären, warum und wofür es den Titel „Menschheit“ gibt und was sie sich mit diesem Titel leisten. Erst wenn der Angesprochene dann sagt, stimmt, das will ich mir nicht mehr leisten, kann man mit ihm darüber reden, was in der Energiepolitik wirklich los ist, was das für eine Veranstaltung ist und welche Art Verantwortung von der Politik wahrgenommen wird.

Venezuela

In seiner Grundsatzrede zu Venezuela, Kuba, Nicaragua, der „Troika der Tyrannei“, hat Trump erklärt: Amerika duldet diese 3 Staaten nicht mehr. Er müsse den Zustand beenden, dass dort keine Demokratie herrscht, dass Volk und nationaler Wohlstand ruiniert werden, diese Staaten eigenwillig handeln – und das, wo sie doch eigentlich dem Untergang geweiht sind. Er bemüht mit viel Pathos den Gegensatz von Freiheit und Sozialismus, von Demokratie und Diktatur, was an die alten Zeiten des Ost-West-Gegensatzes erinnert. (Und zu seiner Ansage, das wird Amerika nicht mehr dulden, schreit das Auditorium dreimal „Amerika, Amerika, Amerika!“) Dazu fiel den hiesigen Zeitungen ein, das würde nicht zu seiner sonstigen Politik passen; denn, wie man am Handschlag mit dem nordkoreanischen Diktator Kim sieht, kümmere sich Trump sonst nicht um Demokratie. Dem baut der Trump-Berater Bolton auf seiner Pressekonferenz vor und stellt klar: es solle bloß keiner denken, dass Amerika generell für Demokratie weltweit eintrete, nur in ihrem eigenen Umfeld duldeten sie keine Diktatoren.

Welchen Standpunkt nimmt da Trump zu Venezuela und zu den beiden anderen lateinamerikanischen Ländern ein? Was meint er mit Sozialismus? Auch früher wollte keiner von denjenigen, die den Sozialismus als Feindbild im Mund geführt haben, wissen, worüber er eigentlich redet, was an der Sowjetunion sozialistisch war. Sozialismus stand damals für ein Programm einer alternativen Weltmacht, die sich aus dem Weltmarkt auf ihre Weise ausgeklinkt hat, es zu einer Macht gebracht hat, die auf dem ganzen Globus Völkeraufstände unterstützt hat, und einen zum freien Westen alternativen Staatenblock aufgemacht hat. Da reichte das Urteil, man hat über sie keine Macht und keinen ökonomischen Zugang, die entziehen sich einfach dem

ganzen freien Westen mit seinen Geschäften und seiner Nato. Über die Produktionsweise des realen Sozialismus haben die sich die allerwenigsten Gedanken gemacht. Und Trump traut man sicher nicht zu, dass ausgerechnet er sich Gedanken dazu macht – außer denen, die er unbesehen äußert.

— *Maduro verkauft Öl nach Amerika, er verhält sich nicht aggressiv gegen die USA, aber es reicht, dass er die ausländischen Investoren beschränkt hat, mit Steuern belegt für sein alternatives Programm, teils enteignet hat, ihnen Auflagen aufgemacht hat für die Benutzung des Landes. Die drei Staaten haben gar nicht die Ambition, sich als Systemalternative aufzumachen, aber dass sie überhaupt existieren, gibt schon den hinreichenden Grund dafür ab, ihnen das Existenzrecht zu bestreiten.*

Und wie man einem Staat das Existenzrecht bestreitet, führt Trump vor. Existenzrecht ist eine moralische Kategorie, aber zwischen Staaten ist ein moralischer Titel immer auch gleich eine Ansage; ein *Anspruch*, den man stellt. Wie macht man den geltend? Das ist der Zusammenhang von Feindschaft und Feindbild.

— *Sozialismus ist dabei nur der Titel dafür, dass diese Staaten es auf jeden Fall anders als Trump, also verkehrt machen.*

Ja, ein Feindbild ist fertig damit, dass man seine eigene Feindschaft moralisch mit der Behauptung begründet: Die andere Seite ist das Gegenteil von mir.

— *Dazu passt, dass er in der Rede eine Verbindung nach innen hergestellt hat, nämlich dass auch in den USA der Sozialismus keinerlei Überlebenschance habe. Das war gegen die Demokratische Partei gerichtet, der man ja auch nicht Sozialismus in dem Sinne nachsagen kann, aber von Trumps Standpunkt ist es das.*

Das ist keinem Blick auf die Verhältnisse entsprungen, sondern offenbar einem Trumpschen Standpunkt. Da stehen für die eine Seite die banalen Argumente: Diktatur statt Demokratie, Wohlstandsvernichtung statt Wohlstandsmehrung, sich in der Welt behaupten statt sich einfügen; und so etwas gehört sich nicht nur nicht, sondern so etwas dürfte gar nicht mehr existieren. Auf der anderen Seite steht das ordentliche, reiche, mächtige Amerika. Trumps Begriff von Amerika wird gegen das Feindbild gehalten, das er mit dem Schlagwort Sozialismus belegt. Dann wird mit großer Verve die Weltgeschichte beschworen, die doch dem längst ein Ende gemacht hat.

— *Das Argument, die sind dem Untergang geweiht, kommt als Geschichtsteologie daher. Das stellt – zusammen mit der Anmerkung, das wird Amerika nicht dulden – klar, es ist identisch mit der Freiheit der USA, über die Existenz von solchen Staaten zu entscheiden.*

Das ist ja für sich nichts Selbstverständliches. Laufend den Sozialismus zu verurteilen, ihn als störend anprangern, ist üblich. Aber eine Ansage zu machen: Das ist Sozialismus, den man nicht dulden will – diese Lesart ist etwas anderes, weil sie bezogen auf eine praktische Lage nicht nur etwas sehr Selbstbezügliches und Selbstgewisses hat, sondern auch etwas sehr Siegesgewisses. Zu sagen, die sind sowieso dem Untergang geweiht und das mache ich mir zum Programm, drückt aus, sich von diesen kaputten Staaten nicht beeindrucken, beeinflussen, geschweige denn von irgendetwas abbringen lassen zu wollen. Es ist der selbstverständliche Standpunkt, dass sie weg gehören und das große und mächtige Amerika das wohl hinbringt.

— *Das drückt Trumps Feindschaft aus wie ein Naturgesetz, das dem Feinde anhaftet. Es ist ja sein Wille, die nicht mehr zu dulden, und kein immanentes Gesetz, dass die nicht weiter existieren könnten.*

Das hat noch ein Zweites sehr Selbstbezügliches und -gewisses. Wenn er sagt, diese Troika muss man abservieren, setzt er sich auch darüber hinweg, welche anderen Interessen sich auf diese von ihm angefeindete Troika richten. Er behandelt diese Länder wie ein gegensätzliches System (Stichwort Sozialismus), das zum Ärger Amerikas noch in der Weltgeschichte herumgeistert und

in der ganzen Rede kommt kein einziges Mal Russland oder China vor. Er definiert es als seine ureigene Auseinandersetzung mit diesen Ländern.

— *Aber in dem Standpunkt, dass es diese Regime wie Venezuela eigentlich nicht mehr geben dürfte, ist doch mitgedacht, dass die offenbar am Leben gehalten werden. Dass es Mächte wie China und Russland gibt, die diesen Regimen helfen, ist in dem, eigentlich müssten die längst weg sein, unterstellt. Aber die erwähnt Trump in seiner Rede gar nicht, die gibt es für ihn nicht. Durch die Art des Übergehens macht man eine Feindschaftsansage, ohne die Feinde zu benennen.*

Trump verweist auf andere Hintermänner: Er sagt, das Land ist eine Marionette Kubas. Insofern ist es eine inner-amerikanische, also seine exklusive Angelegenheit. Er behandelt sie als Dreierpack. Venezuela hält Kuba am Leben und umgekehrt und Nicaragua lebt von den beiden anderen, er verweist wechselweise auf den einen oder anderen als Hauptbösewicht. (Der Bezug auf die anderen Weltmächte und über was Trump sich da hinwegsetzt, kommt später.) Er behandelt das als Auseinandersetzung Amerikas mit drei andern Staaten, wie wenn es sonst niemanden gäbe.

— *Im Unterschied zu der alten Feindschaft der USA gegenüber Kuba, wo es immer hieß, die sind noch ein Hort des Kommunismus, also in irgendeiner Weise noch ein Satellit, wird das jetzt nicht mehr thematisiert. Sie selber sind das, was es auszurotten gilt.*

— *Von der Qualität der Beziehungen dieser drei Staaten untereinander ist nicht die Rede, sondern das Faktische, dass sie überhaupt Interessen, Beziehungen haben, ermächtigt die USA, dieses totale Verdikt auszusprechen, dass sie endgültig auf den Misthaufen der Geschichte gehören und dass die USA der Richter und Vollstrecker der Geschichte sind.*

Das Erste ist, mit welcher Gleichgültigkeit und Direktheit Trump anderen Staaten mit wenigen Hinweisen das Existenzrecht schon deswegen abspricht, weil die USA bestimmen, sie seien dem Untergang geweiht. Er setzt sich über alle ihre sonstigen Verhältnisse hinweg und bringt alles pur auf den Standpunkt herunter: Ich will die nicht mehr dulden! Das Zweite ist das Selbstbezügliche dieses Feindbildes, an seinen moralischen Ansprüchen das andere Land zu messen. Das nächste wesentliche Argument ist die schon erwähnte Klarstellung von US-Sicherheitsberater Bolton: Auf diese Art und Weise kümmern wir uns nicht überall um andere Staaten. Also alles wie einen Sorge-Gegenstand; einen zu leistenden Dienst; einen Aufwand, den die USA betreiben, zu behandeln, mit der Feststellung: Den machen wir nur in diesem Fall und sonst wollen wir nicht daran gemessen werden. Die Selbstverständlichkeit zu verkünden, die Freiheit, wo wir uns mit wem anlegen und wo nicht, behalten wir uns vor, wird in den moralischen Kategorien von Diktatur und Demokratie ausgedrückt. Und die Zeitungen berichten, er habe einfach den Einwand vorweggenommen und damit hinfällig gemacht, indem er sich dazu bekennt, dass die USA keine Freunde von Demokratie sind. Außer eben da, wo sie es für nötig halten.

— *Es gibt ein Zitat von Trump vor den UN: „Die USA werden euch nicht sagen, wie ihr zu leben, zu arbeiten und glauben habt.“ Das klingt wie eine Ansage von Nichteinmischung, dabei ist es das Gegenteil. Dass es sich die USA vorbehalten – jenseits aller Zustände in diesen Staaten –, wie sie den Staat einzuordnen haben und ob sie dessen Souveränität anerkennen wollen. Im Unterschied zu früher wird deren Politik nicht an US-Weltordnungsvorstellungen gemessen, sondern an ihrer jeweiligen Definition.*

Das wesentliche Argument der USA ist: Wir lassen uns an nichts messen, weder an dem moralischen Titel „Bekämpfung von Tyrannei“, noch an der Pflicht, die Demokratie woanders herzustellen. Amerika wird da aktiv, wo es sein existentielles Interesse definiert. Es ist eine Absage an alle Vorstellungen der Verpflichtung für eine Weltordnung.

*

Was ist der politische Gehalt davon, wenn Trump in aller Freiheit ein spezielles amerikanisches Interesse definiert, dass die Existenz der drei lateinamerikanischen Staaten Kuba, Venezuela und Nicaragua nicht auszuhalten sei und sie im Hinterhof der USA keine Existenzberechtigung haben? Im Vergleich dazu Syrien: Hier betrachten die USA den Fall von ihrem Interesse her als erledigt, während die Weltöffentlichkeit Klage führt, dass Trump die Verantwortung für eine ordentliche Regierung dort aufgegeben hat. Im Fall Venezuelas wird bemerkt, dass Trump diese Feindschaft nicht einfach per Twitter, sondern offiziell über die UNO verkündet hat, dass er hier eine Ordnungsaufgabe wahrnimmt, wenn auch unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Interessen, allerdings *bloß* in Venezuela. Man hält daran fest, dass sich Trump im Fall Venezuelas zu einer Ordnungsleistung bequemt hätte, und fragt, wie ernsthaft, wie gut, wie umfassend etc. er diese Aufgabe erledigt.

— *Der Fall Venezuela dementiert den Anspruch auf Weltordnungsfragen in doppelter Weise. Einerseits wird dementiert, dass Amerika eine Aufgabe erfüllt. Andererseits wird klargestellt, dass dies außer Amerika niemanden auf der Welt etwas angeht. Es wird in beiden Aussagen betont, dass Amerika allein seine Interessen durchsetzt.*

Man muss sich überlegen, welche Inhalte „Souveränität“ umfasst. Der Begriff „Einflussbereich“ muss geklärt werden. Was heißt hier: „Einfluss nehmen oder haben“? Es ist nicht der Einfluss gemeint, den Influencer haben oder die vorbildhafte Wirkung amerikanischer Herrschaftsmethoden auf andere Nationen.

— *Der Bezug auf die polit-ökonomischen Verhältnisse in diesen Ländern ergibt sich daraus, ob und wie sie dem Interesse der USA dienen. Sie interessieren also nur unter dem Aspekt, was sie für Amerika hergeben. Die materielle Basis dafür wurde ja schon benannt.*

Offensichtlich ist Amerika nicht zufrieden damit, wie es eingerichtet ist. Es stört, dass Venezuela Ölgeschäfte mit Amerika *und* mit anderen Staaten macht. Einflussphäre soll heißen, dass es dort eine Souveränität gemäß den amerikanischen Ansprüchen geben muss. Die moralische Rechtfertigung ist, dass sich die Souveränität beim Regieren an „unserem“ Muster orientieren soll. Was heißt in diesem Zusammenhang der Verweis auf „unsere Hemisphäre“? Die USA werden hier zum Prinzipienreiter der Demokratie, weil ihr Generalanspruch darauf gerichtet ist, dass die dortige Souveränität von nichts anderem als dem amerikanischen Interesse bestimmt sein soll. Der Begriff „Hinterhof“ beinhaltet, dass die dortigen Souveräne von Amerika her bestimmt und beherrscht sein sollen.

— *Venezuela verkauft Öl und Amerika bestimmt, wofür die Einnahmen verwendet werden – das ist ein Gegensatz zum Prinzip des Eigentums, in dem der Eigentümer über die Verwendung seines Geldes entscheidet.*

Das ist ein Moment, an dem der Widerspruch dieses Anspruchs deutlich wird: Öl in amerikanischer Hand, für Amerika verfügbar, auf der nächsten Stufe sogar ausschließlich verfügbar. Wie macht man das?

— *Es ist ein Unterschied, ob Venezuela sein Öl aus ökonomischen Gründen (höherer Preis) in Amerika verkauft oder ob es nur deshalb gefördert wird, um an Amerika verkauft zu werden. Die Freiheit, sich den Markt zu suchen, wo man seine Ware verkauft, ist damit hinfällig.*

Es geht darüber hinaus, denn 1. Verkaufen sie es auch noch an andere und 2. verschenken sie es auch. Der Anspruch ist, dass mit dem Ölkauf viel mehr geregelt sein muss als das Ölgeschäft. Öl ist ein entscheidender Stoff für die Wirtschaft der USA. Das Ölgeschäft wird mit dem Anspruch belastet, dass es automatisch den Besitzstand Amerikas an diesem Stoff sichert. Über die Seite des Verkaufs will Amerika bestimmen, wie Venezuela seine Einnahmen benutzt, also mit diesem Geld keine Feinde Amerikas ausstatten dürfen. Das ist quasi als Dollarrecycling von Amerika ökonomisch verbucht, aber Lieferung und Zahlung ist unter einen politischen Vorbehalt gestellt.

— *Ein künftiges nationales Aufbauprogramm für Venezuela ist jedenfalls nicht gemeint, es soll*

vielmehr amerikanisches Geschäft ausgeweitet werden, ein ordentliches Recycling der Petrodollars stattfinden.

Das Ölgeschäft muss dem amerikanischen Geschäft zugänglich sein. Bei jeder Verstaatlichung einer Ölfirma wurde befürchtet, dass der amerikanische Zugriff in Frage gestellt ist. Der Anspruch ist, dass die Masse und die Rolle des amerikanischen Kapitals für diese Länder eine strategische Qualität hat. Dann gehören sie auch zum Besitzstand Amerikas. In Besitzstand stecken die genannten Beispiele drin:

1. Das soll am besten in Händen des amerikanischen Kapitals sein, das sorgt dafür, dass es geschäftsdienlich ist. 2. Das verdiente Geld soll Amerika zugute kommen und nicht einem falschen Zweck. Die ökonomische Beherrschung fällt zusammen mit der politischen Beherrschung dieses Landes: es richtet sich in dieser Abhängigkeit ein und es betätigt sich in dieser und für diese als Souverän. In der materiellen Ausstattung der Macht bis hin zum Militär werden sie von Amerika lizenziert und benutzt. Das ist der Anspruch und der materielle Gehalt des Arguments „Hinterhof“. Es ist das Zusammenfallen von allem, worum imperialistische Staaten konkurrieren: Der Zugriff auf die Quellen, die Festlegung der Ausnutzung dieser Quellen für die eigene Nation unbehelligt von den Ansprüchen und Erwartungen des Gegenübers und 3. damit auch der Ausschluss anderer Staaten, zumindest die Sonderrolle des Lizenzgebers, der bestimmt, welcher Staat wie mit dabei sein darf oder kann.

Das Hinterhofargument fällt für die verschiedenen lateinamerikanischen Staaten unterschiedlich aus, je nach Ausstattung und Ausrichtung der Staaten. Z.B. Bolsonaro in Brasilien gehört zu den guten Kumpanen und Brasilien hat im Hinterhof eine andere Funktion. Es soll aus eigenen nationalen Erwägungen heraus in die Erledigung Venezuelas mit eingebaut werden. Den Hinterhofländern Venezuela, Kuba und Nicaragua müssen dagegen eigene nationale Kalkulationen verunmöglicht werden. Ihnen muss klar sein, dass die Beteiligung am Weltmarkt keine freie, nur an den Mitteln orientierte Angelegenheit ist, sondern dass der Weltmarkt unmittelbar nur als Dollar- und US-Markt existiert.

— Venezuela ist doch ein Staat, der nicht getrennt und unabhängig neben einer nationalen Ökonomie Einnahmen aus dem Ölgeschäft bezieht, sondern das Weltgeld, das es aus dem Verkauf des Öls einnimmt, ist das Lebensmittel der Nation und die materielle Grundlage der dortigen Herrschaft. Darauf bezieht sich der Anspruch Trumps: Weil dieses Land vom Ölverkauf an uns lebt, hat es seine Souveränität unmittelbar daran auszurichten, was wir von dieser Nation wollen.

Das ist keine Erfindung Trumps, sondern das ist schon immer der Standpunkt Amerikas und der ist auch mal ein Stück weit ganz anders wahr gewesen: dass nämlich das gesamte Rohstoffgeschäft Lateinamerikas in den Händen großer US-Konzerne lag und Amerika mit militärischen Eingriffen dafür gesorgt hat, dass die jeweiligen Herrscher entsprechend ausgerichtet blieben. Das passierte damals unter anderen Voraussetzungen und mit einem anderen Zweck, nämlich die Guerillas Lateinamerikas zu zerschlagen (die sog. Dominotheorie): Das Umkippen der dortigen Staaten unter den Einfluss der Sowjetunion sollte unterbunden werden. Hier hat also im US-Hinterhof die ökonomische Beherrschung, die Ausnutzung durch eigenes Kapital, einen anderen Zweck bekommen als nur Geschäfte zu machen, nämlich den, dieses strategische Abhängigkeitsverhältnis zu stiften und zu garantieren und mit seiner Macht dafür zu sorgen, dass dieses Verhältnis auch so bleibt. Das war in den früheren Tagen des Ost-West-Gegensatzes der von den USA betätigte Standpunkt. Und die Musterdemokratien Europas konnten mit den lateinamerikanischen Militärdiktaturen gut leben, weil Amerika das mit Geld und Gewalt garantiert hat.

— Insofern ist es also nicht sicher, dass der polit-ökonomische Status eines Landes selbstverständlich zusammenfällt mit der dauernden Befriedigung der US-Interessen. Die USA

selber erachten es ja für nötig, mit aller Gewalt dauernd dafür zu sorgen, dass dieser für sie nützliche Zustand erhalten bleibt oder wiederhergestellt wird, wenn z.B. so ein Land wie Venezuela sich von seiner Rolle als Anhängsel des Weltenergiemarkts befreien will.

Noch prinzipieller – man könnte fragen, woran sich Venezuela denn vergangen hat. Deswegen habe ich an die Zeiten erinnert, in denen die USA im Namen des Westens mit aller Selbstverständlichkeit und im Prinzip auch mit westlicher Billigung dort weltordnend unterwegs waren und nicht genehme Regierungen gestürzt haben. Schon damals hat sich gezeigt, was für ein riesiger Widerspruch solch ein Programm ist, das verlangt, dass alle Benutzungsverhältnisse, die über den Weltmarkt laufen, mit dem US-Anspruch zusammengehen, dass die Länder Lateinamerikas über das Geschäft (und die daraus folgende Macht) und über die dahinterstehende militärische Macht der USA, der US-Macht dienen sollen und zwar unabhängig davon, wie das auf diese Staaten wirkt.

Imperialismus ist Staatenkonkurrenz, d. h. das Argument: wir (als Staat) sind von anderen Staaten abhängig, ist für sich schon immer das Einfallstor für zwischenstaatliche Ansprüche und den Anspruch, Abhängigkeit hätte sich in ein Kommando über die anderen Staaten zu verwandeln. Der US-Anspruch ist: Das soll beim Hinterhof Südamerika bruchlos aufgehen.

— Der prinzipielle Widerspruch, der mit ‚Hinterhof‘ ausgedrückt ist, ist, dass Staaten dort sich in ihrer Souveränität und ihrem polit-ökonomischen Gehalt als nichts anderes verstehen sollen als das, was sie für die USA sind. In Venezuela unter Chávez gab es ja auch den Streit (bis Chávez sich durchgesetzt hatte), wie dieses Land verfahren soll (es gab ja Alternativen): wie viel Zusammenarbeit mit den USA geht man ein und (damit) wie viel Abhängigkeit mit der Berechnung auf das eigene Vorankommen. Diese Berechnung ist mit diesem US-Anspruch gestrichen.

Der Umsturz der alten Weltordnung (nach der Aufgabe der SU) – als Amerika mit dem Anspruch angetreten ist, dass nicht nur der Kapitalismus gesiegt hat, sondern die USA die alleinige Weltmacht sind und dieser Hinterhof-Anspruch zum Gegenteil von Befriedung geführt hat und dazu, dass von sozialistischen Bestrebungen in Lateinamerika nicht viel übrig geblieben ist – hat dazu geführt, dass der einmal existente Hinterhof-Anspruch der USA sich gewandelt hat. Der lateinamerikanische Hinterhof ist zu einem umstrittenen Kampfplatz geworden, der von allen Beteiligten als neu eröffnet behandelt wird. Trump ist nicht der Anfang, sondern eher die letzte Stufe einer Auseinandersetzung um diesen amerikanischen Anspruch. Die angegriffenen Staaten sind ein Beweis dafür, wie widersprüchlich und auch unerträglich dieser Hinterhof-Standpunkt für die Nationen ist, die in ihm zurechtkommen müssen.

Das Ineinsfallen von für die USA gesicherter Nützlichkeit, ökonomischer Benutzung und politisch gesicherter Herrschaft in den Hinterhofländern ist ein unhaltbarer Gegensatz zu den USA. Der Widerspruch führt zu zwei verschiedenen Lesarten: Venezuela leidet an dem Hinterhof-Anspruch der USA, an der kapitalistischen Rolle und an den politischen Querelen, die das einschließt. Die USA leiden an ihrem Anspruch.

Venezuela verkauft sein Öl an Amerika, weil es nichts anderes hat. Es hat auch den Widerspruch praktiziert, das Öl als Mittel zu nehmen, um von der Abhängigkeit von Amerika loszukommen. Dass das nicht gelingt, liegt letztlich an der mangelnden Souveränität gegenüber Amerika, das ihm nicht genügend Freiheit lässt. Wie macht sich der Widerspruch – auch für die anderen lateinamerikanischen Staaten – geltend? Sie leiden an diesem Doppelten: an ihrer Rolle im Weltmarkt und dass die ihnen zugleich als der US-Hinterhof-Standpunkt gegenübertritt.

— In dem Venezuela-Artikel (GS 2-18) ging es darum, wie die USA mit ihren Sanktionen eine alternative Existenzweise für Venezuela verunmöglicht haben und dass Handel und Zusammenarbeit mit Russland und China diese Schäden nicht kompensieren konnten, also keine Alternative boten.

Dieser Artikel liest sich als Aufstieg und Niedergang eines anti-amerikanischen Befreiungsversuchs, der vor diesem Widerspruch steht: hier treten einem südamerikanischen Staat die Weltmarktverhältnisse und -konkurrenz gleich als US-Vorherrschaftsanspruch über die Mittel und damit über die Souveränität dieses Staats gegenüber. Das Urteil ‚unaushaltbar‘, das dort nationale Politiker zum Umsturz bewegt hat, ist ein zwiespältiger Kampf, um aus der Rolle eines bloßen Objekts des Weltmarkts herauszukommen und sich damit zugleich aus amerikanischer Bevormundung und deren Wirkungen nach innen freizumachen. Alle drei Länder der „Troika der Tyrannei“ haben einen Umsturz für nötig gehalten, der sich gegen den USA genehme Herrschaftsverhältnisse und deren Figuren gerichtet hat. Wo liegt der entscheidende Widerspruch zwischen dem Hinterhof-Standpunkt Amerikas und diesen Ländern (der im Übrigen nicht spezifisch lateinamerikanisch ist)?

— *Die wollen, dass aus ihrem Land etwas wird, sie wollen die Dollarabhängigkeit nicht mehr haben. Sie wollen ihren Reichtum für den Aufbau ihres Landes benutzen.*

— *Dabei steht das, wovon die Nation lebt, gar nicht in ihrer Verfügung, sondern die fällt fast ganz denen zu, an die sie das Öl verkaufen.*

— *Wie passt Kuba da rein? Es ist ja kein Ölstaat.*

Das ist die amerikanische Rücksichtslosigkeit gegenüber den Hinterhof-Staaten und insbesondere den „Troika“-Ländern, die auf unterschiedliche Weise die Hinterhof-Ansprüche der USA stören: Die werden als staatlicher Abschaum, der sich durch gegenseitige Unterstützung unrechtmäßig am Leben erhält von den USA in einen Topf geworfen.

Der Widerspruch ist also nach der Seite der USA hin das Ideal einer Einrichtung und Beherrschung einer nützlichen Staatenwelt, die gar nicht anders kann als sich am amerikanischen Bedarf und Nutzen auszurichten, weil sie von nichts anderem lebt als dem US-Dollar. Klar ist, dass man davon als so ein Staat nicht gut leben kann, obwohl es die Mittel sind, mit denen er wirtschaftet – ihm bleibt also nichts als den Standpunkt einzunehmen, diese als sein Mittel zu betrachten und damit zu wirtschaften. (Bezüglich ihrer Mittel unterscheiden sich die drei Länder. Venezuela ist das reichste von ihnen.)

Die Mittel geben solch einem Staat eine gewisse Freiheit, die nicht von seinen eigenen Leistungen abhängt, sondern von Art und Umfang der Mittel. Eine Nation, die nur (Öl)Geschäfte macht, aber gar nichts mittels ihres Volkes produziert, hat damit zu tun, dass eine ganze Nation mit diesem Geld bewirtschaftet werden muss. Das ergibt als nächsten Widerspruch, dass das eigene Volk als Mittel nicht taugt und entsprechend dahinvegetiert.

— *Darüber spaltet sich die Nation in diejenigen, die das Elend des Volkes zum Argument dafür machen, dass die ganze Nation unter den Yankees leidet, und den anderen, die von dem Status quo durchaus profitieren und entsprechend den Staat auch immer Amerika-freundlich verwaltet haben.*

Da passiert private Bereicherung an den staatlichen Mitteln – Herrschaft und private Bereicherung fallen da zusammen. Die Einheit der Nation, also so etwas wie eine Versöhnung von Herrschaft und Volk hat es nie gegeben – genauso wenig wie eine Versöhnung innerhalb der herrschenden Klasse selber.

Solche Staaten leiden also ständig an einem Mangel an nationaler Ökonomie samt Erträgen, an materiellen Mitteln und Erfolgen der Souveränität wie auch an dem Formellen, was sie als Staat überhaupt darstellen und an Macht und Einfluss entfalten können. Das hat die Seite, dass diese Rechnung mit der Vormacht Amerikas immer nur bedingt aufgeht, also nationale Unzufriedenheit produziert. Venezuela hat mit Chávez die Alternative ergriffen, die in Lateinamerika für solche Staaten existiert: Wenn man genug Mittel, Unterstützung und Mumm dafür aufbringt, gegen diese Verhältnisse vom Standpunkt einer eigenständigen Nation einen Aufstand zu machen.

— Wenn man auf die letzten 50 Jahre in Lateinamerika schaut, da gab es doch immer eine Oberschicht von Großgrund- und Minenbesitzern, die in diesen Ländern mit dem eingerichteten Verhältnis zu Amerika gut gefahren ist, der Reichtum zentralisierte sich in privater Hand. Es gab Umsturzversuche von links wie in Kuba und Nicaragua, Chávez kam aus dem Militär. Handelt es sich da um eine andere Fraktion der nationalen Bourgeoisie, die eine andere Staatsräson vertritt und auf mehr nationale Eigenständigkeit pocht?

— Wenn ein paar Großgrund- und Minenbesitzer die herrschende Klasse sind, dann ist der Widerspruch, dass das private Interesse zugleich das nationale Interesse sein soll. Warum soll es nicht denkbar sein, dass so ein Typ in seiner Eigenschaft als herrschender Großgrundbesitzer Reflexionen hinsichtlich (s)eines Staatswesens hat: ob es wirklich identisch sein soll mit dem Privatinteresse von ein paar Reichen?

Es muss ja notwendigerweise national denkende Figuren geben, die den Standpunkt des Staates einnehmen und sagen, dass durch das Geschäft mit außen ihr Land nicht bedient wird. Alternative Versuche mit mehr ‚Eigenständigkeit‘ hat es in Brasilien, Argentinien gegeben und gibt es noch in Bolivien. Man muss bei ‚Alternative‘ nicht gleich an ein ganz anderes ökonomisches System denken – es geht ja gerade darum, in den *bestehenden* Abhängigkeitsverhältnissen Alternativen zu finden, z.B. mit dem Standpunkt: Wir brauchen mehr Selbstständigkeit, dafür benötigen wir die nationalen Unternehmer zu mehr Dienst am Staat. Kaum nötig man sie dazu, wird das zu einem riesigen Gegensatz. Diese Gegensätze gibt es und sie sind immer auf Amerika, also den Weltmarkt, bezogen und sind deshalb nie eine reine Frage der geschäftlichen Möglichkeiten, sondern es geht um die Frage: Wie viel Souveränität gegen Amerika können wir uns leisten? Oder um die andere Frage: Gibt es mit Amerika einen Gewinn an Souveränität?

Nächstes Mal (29.4.): Fortsetzung der Debatte, dazu als Lektüre der „Brasilien“-Artikel in „Imperialismus III“.
